



Foto: Adobe Stock/ Robert Kneschke

Kooperation statt Konkurrenz, Solidarität statt Egoismus – dafür steht die Idee der Genossenschaft.

Die Genossenschaftsidee muss im Saarland zum Vorbild werden

TRANSFORMATION Wir brauchen eine andere Art des Wirtschaftens

Genossenschaften stehen für Gemeinschaft, Solidarität und lokale Wertschöpfung. Sie sind die einzige Unternehmensform, die die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Förderung ihrer Mitglieder und eine demokratische Grundpraxis qua Rechtsform festschreibt. In der aktuellen Transformationsdebatte müssen sie mehr gewürdigt werden.

Von Frederik Moser

Genossenschaften gelten neben Gewerkschaft und Partei als eine der drei Säulen der frühen Arbeiterbewegung. Die Idee genossenschaftlicher Selbsthilfe keimte zu Zeiten der Industrialisierung auf, als die ungebremste ökonomische Interessendurchsetzung der Kapitalbesitzer ihren Höhepunkt erreichte und die Arbeiterschaft sich einer immer größeren Ausbeutung gegenüber sah. Statt die gegebenen Verhältnisse hinzunehmen, setzten sich im 19. Jahrhundert Sozialreformer wie der Brite Robert Owen oder die in Deutschland tätigen Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen für eine neue, solidarische Form des Wirtschaftens ein.

Mit Hilfe von Genossenschaften wollten sie der hierarchischen Ordnung des kapitalistisch-patriarchal geprägten Unternehmens die Ideale einer klassenbewussten Arbeiterschaft entgegenstellen, um Gleichberechtigung, Mitspracherechte und Solidarität durchzusetzen. Genossenschaften können

ganz unterschiedliche Formen annehmen. Was alle mehr oder weniger eint, ist ihre Orientierung an genossenschaftlichen Prinzipien wie Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Ihr vorrangiger Zweck ist nicht die permanente Gewinnoptimierung wie bei marktorientierten Unternehmungen, sondern die Förderung ihrer Mitglieder in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Hinsicht. Da jedem Genossenschaftsmitglied, unabhängig seiner Anteile, ein gleichwertiges Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird, sind sie eine hochgradig demokratische Form des Wirtschaftens; Geld und Anteile werden nicht mit Einfluss gleichgesetzt, wie es bei AGs oder GmbHs der Fall ist.

Den meisten aktuellen Transformationsdebatten fehlt noch immer

Die Förderung sollte politisch vorangetrieben werden

das Bewusstsein, dass es kapitalistische Spielregeln wie die der Marktkonkurrenz und des ungebremsten Wachstumszwangs sind, die die sozialen, ökologischen und politischen Krisenprozesse vorantreiben. Für sich genommen können Genossenschaften diese Prinzipien zwar nicht ausschalten, aber sie können ein Fenster in eine andere Welt sein; ein aktives Vorleben für eine Gesellschaft, in der die „freie Entwicklung eines jeden, die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (Karl Marx/Friedrich Engels).

Die saarländische Wirtschaft steht in besonderem Maße vor einschneidenden Transformationsprozessen, die im Sinne eines „Guten Morgen“ gestaltet werden müssen. Da Transformation mehr bedeutet, als nur Produktionsprozesse umzustellen oder zu digitalisieren, sollte politisch die Förderung des Genossenschaftswesens stärker vorangetrieben werden mit dem Ziel, genossenschaftliche Werte in unserer Ökonomie zu verankern, statt sich dem Shareholder-Value-Prinzip unterzuordnen. Kooperation statt Konkurrenz, Solidarität statt Egoismus und Sinnhaftigkeit statt pure Gewinnmaximierung müssen die Spielregeln einer neuen Ökonomie werden. In der Praxis könnte man sich an Ländern wie Italien orientieren, wo Genossenschaften eine tragende Rolle für die Wirtschaft spielen und stark gefördert werden. Dort räumt ein Gesetz (Marcora-Gesetz) Belegschaftsinitiativen ein Vorkaufsrecht bei drohenden Betriebsschließungen ein, wenn sie den Betrieb gemeinsam als Genossenschaft weiterführen wollen. In etwa 97 Prozent der Fälle, in denen eine Arbeiterkooperative den Betrieb übernommen hat, konnte dieser erfolgreich fortgeführt und Arbeitsplätze erhalten werden. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung sieht in diesem Modell auch für Deutschland große Potenziale.

Frederik Moser ist Referent für Unternehmenspolitik und Betriebswirtschaft.

Die saarländische Landesregierung ist laut Artikel 54 der saarländischen Landesverfassung dazu verpflichtet, das Genossenschaftswesen zu fördern. Wie sie dies tun kann, stellt die Arbeitskammer in den AK-Beiträgen 1/2023 heraus, die Ende April erscheinen.